

# DIE STAdTISTEN

2015-10-22

Beitrag zur Haushaltsdebatte 2016/2017:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Stadtisten sehen sich als Neulinge im Gemeinderat für diese Haushaltsrunde (2016/2017) vorwiegend in der Beobachterrolle. Primäres Ziel ist, das Vorgehen rund um die Haushaltsgestaltung zu lernen, also so eine Art Praktikantenrolle einzunehmen. Selbstverständlich wollen wir auch eigene Akzente setzen, wobei wir Realist genug sind einzusehen, dass man mit einem Sitz von 60 nicht den Haushalt nach eigenem Gusto gestalten kann. Jedoch werden wir für unsere Ideen und Wünsche Verbündete suchen, ganz im Sinne des stadtistischen Manifests, und natürlich ebenso die guten Ideen und Vorschläge aus anderen Fraktionen und Gruppierungen aufgreifen bzw. unterstützen. Schließlich geht es um die Zukunft unserer Stadt und um das Wohl der hier lebenden Bevölkerung sowie um das Wohl derer, die aus der Region häufig als Gast, als Arbeitnehmer, als Kunde oder einfach nur als Freund in diese schöne Stadt kommen.

Das Amtsblatt kostet die Stadt trotz Aboeinnahmen in Höhe von ca. 600k€ immer noch ungefähr 200k€. Im Sinne einer transparenten Verwaltung halten wir Stadtisten es für geboten, dass das Amtsblatt parallel zur nach wie vor abonnierbaren Druckausgabe auch online im Internet erscheint - selbstverständlich nur der Teil, der Vorgänge des Rathauses etc. betrifft, also ohne die anderweitig abrufbaren Veranstaltungshinweise etc. Dieses Geld sollte sich Stuttgart leisten können um die Bürgerinnen und Bürger über anstehende Vorgänge transparent zu informieren, so wie andere Städte dies auch schaffen.

Regelrecht zusammengezuckt bin ich auf Seite 40 des Haushaltsplanentwurfs, als ich gesehen habe, dass das Haupt- und Personalamt für Boten-, Zustell- und Postdienst eine Papiermenge von jährlich **460 Tonnen** veranschlagt. Das sind knapp 12 vollbeladene LKW. Die Materialkosten sind sicherlich überschaubar, die Druckkosten schon weniger (immerhin 6.5 Mio. Kopien pro Jahr), und für Porto werden knapp 1.7 Mio. Euro angesetzt. Allein diese Zahlen belegen, dass hier ein Umdenken innerhalb der Verwaltung notwendig ist. Es sollte

weit mehr in elektronischer Form übermittelt werden. Hierzu bedarf es sicherlich einmaliger Investitionskosten in eine verbesserte IT-Infrastruktur, die sich jedoch nach wenigen Jahren amortisiert haben dürfte. Die Umwelt, der Energieverbrauch und auch die Müllabfuhr würden es danken.

Im Bereich Computer und Telekommunikation werden über 25 Mio. jährlich für Personal, Geräte und Lizenzgebühren ausgegeben. Hier sehe ich weniger ein finanzielles Einsparpotenzial, zumindest nicht kurzfristig, aber ich halte es für notwendig und damit haushaltsrelevant, über die Strategie zu reden, die eine Stadtverwaltung hinsichtlich ihrer IT fährt. Will sie die Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger mit Programmen der Kategorie „Troja“ leichtfertig den offiziellen und inoffiziellen Datenkraken in Übersee überlassen oder sieht sie hier endlich Handlungsbedarf, indem sie auf sichere Software, die auch an deutschen Hochschulen entsteht, nämlich auf offen prüfbare sogenannte "Open Source Software" setzt? Wir Stadtisten fordern den Einstieg in den Umstieg.

Kommen wir zum städtischen Vermögen, genauer gesagt zum Grundstückseigentum. Hier stehen pro Jahr 15 bzw. 20 Mio. Einnahmen aus Grundstücksverkäufen im Haushaltsplanentwurf, jedoch nur jeweils 10 Mio. Ausgaben für den Grundstücksankauf. Eine Stadt kann sich jedoch nicht mehr und mehr dem eigenen Ausverkauf preisgeben. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Wohnungsknappheit sowie des stetigen Zustroms von Flüchtlingen, für die weitere Unterbringungsstandorte benötigt werden, sollte diese Bilanz eher umgekehrt aussehen, nämlich dass die Stadt netto Grundstück ankauft anstatt zu verkaufen.

Auch die unbebauten Grundstücke werden um 100 pro Jahr weniger, d.h. hier werden offenbar auch Schrebergärten verkauft, so sie denn nicht Stellplätze für Flüchtlingscontainer werden.

Durch diese ständige Reduktion an eigenen Flächen vergibt sich die Stadt mehr und mehr Handlungsspielräume, die sie hochwahrscheinlich in nicht allzu ferner Zukunft eigentlich benötigen würde.

Begrüßenswert finde ich die Steigerung der Wohnraumförderung von 1.6 auf 2.5 Mio Euro pro Jahr. Jedoch ist dies eher ein Tropfen auf den heißen Stein und dieser Betrag wird immer noch nicht ausreichen, um sogenannten "bezahlbaren Wohnraum" in ausreichender Menge zu schaffen. Es dürfte jedoch in einer attraktiven Stadt wie Stuttgart nahezu ein Ding der Unmöglichkeit sein, ausreichend - insbesondere "bezahlbaren" - Wohnraum zu schaffen, da günstige Preise (von denen wir derzeit weit weg sind) wiederum neue Einwohner anlocken, die den sich entspannenden Markt erneut strapazieren.

Ein großer Brocken bezüglich Sanierung sind die Wagenhallen - vielleicht etwas versteckt "Wagenwerkstätten" im Haushaltsplanentwurf genannt. Hier sind ca. 30 Mio. Euro insgesamt vorgesehen. Die grundsätzliche Sanierung der Wagenhallen begrüßen wir Stadtisten außerordentlich und dafür haben wir uns auch stets stark gemacht. Jedoch beobachten wir

zugleich an anderer Stelle, dass die Stadt immer noch Lernbedarf im Umgang mit der sogenannten Subkultur hat, wozu übrigens der Veranstaltungsteil der Wagenhallen schon lange nicht mehr gehören.

Den "sich verneigenden Schalthebel" könnte man an so mancher Kreuzung im Stadtgebiet platzieren um den Autofahrern dieser Stadt für ca. 25 Mio. jährlich eingenommene Bußgelder zu danken.

Deutlich mehr erwartet hatte ich von einem Thema, das in XXL-Lettern auf der Agend unserer Rathauspitze steht: das Energiekonzept! Für dessen Umsetzung sind lediglich ca. 800k€ im Doppelhaushalt vorgesehen. Da bleibt mir nur zu hoffen, dass ich konkrete Maßnahmen innerhalb des Energiekonzepts überlesen habe bzw. sich deren Zuordnung zu selbigem mir nicht erschlossen hat. Einen Finanzantrag zu diesem Thema habe ich zurückgestellt, da ich auf die eigentlich seit Wochen anberaumte und immer wieder verschobene Diskussion rund um das Energiekonzept warten will, um eventuell auszubehaltende Mittel auf die wirkungsvollsten Maßnahmen zu priorisieren.

Stuttgarts Schulen werden derzeit von grob 77000 Schülern (inkl. Berufsschüler etc.) besucht. Eine Kenngröße ist mir ins Auge gestochen, nämlich dass sich 6.8 Schüler einen PC teilen müssen. Will Deutschland nicht international den Anschluss verlieren, so ist dies ein untragbares Verhältnis. PC-Kenntnisse gehören zum Grundwissen, das heutzutage jeder Schüler vorweisen sollte, egal welche Schule er verlässt.

Durch Geld allein lässt sich dieses Problem nicht lösen, zumal nirgends die Halbwertszeit der Gerätschaften ähnlich kurz ist wie im Computerbereich. Vor diesem Hintergrund schlage ich vor, dass die Verwaltung Kontakt aufnimmt mit ortsansässigen Firmen und über Verwertungsmodelle redet, wie die dort aussortierte IT in Schulen weitergenutzt werden kann.

Für den Hochbau von Schulen (also Neubau und Sanierung) werden 50 Mio. € jährlich veranschlagt. Dies ist einerseits zu begrüßen, da es eine Investition in künftige Generationen ist, andererseits muss man doch kritisch fragen, wie es überhaupt zu diesem immensen Nachholbedarf kommen konnte? An dieser Stelle möchte ich davor warnen, dass wir in die selbe Problematik (in geringerem Umfang) beim Garten- und Friedhofsamt hineinlaufen, was die Betriebshöfe angeht. Diese werden momentan auf Verschleiß gefahren und in einigen Jahren rollt dann diese Sanierungswelle über unseren Haushalt.

Neue Ampeln für ca. 6 Mio. Euro hat das Tiefbauamt auf dem Schirm. Hierzu kann ich nur sagen: weniger ist mehr. Es wundert mich, dass die Zahl der Kreisverkehre in den letzten Jahren nur um 3 von 59 auf 62 gestiegen ist und in den nächsten Jahren sogar stagnieren soll. Ein Kreisverkehr führt in vielen Fällen den Verkehr – und ich rede hier nicht nur von Kfz, sondern auch von Fußgängern und Radfahrern - gleichmäßiger und flüssiger als eine beampelte Kreuzung, insbesondere dann, wenn sie ohne Not rund um die Uhr in Betrieb ist. Hier schlummert noch deutliches Potenzial im Kampf gegen den Feinstaub, das man durch Umgestaltung der einen oder anderen Kreuzung heben könnte.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass die Stadt aus Parkgebühren derzeit netto Einnahmen von ca. 3.5 Mio€ jährlich erwirtschaftet. Konterkarriert wird dies jedoch von den Ausgaben von dem meiner Meinung nach fragwürdigen System des Parkraummanagements, wofür allein die Automaten 10 Mio. kosten, verbunden mit deutlichen Folgekosten für den Betrieb sowie die Reparatur.

20% Radverkehrsanteil am Verkehrsaufkommen Stuttgarts lautet das Credo unseres Oberbürgermeisters. Ich greife dieses Ziel von Herrn Kuhn gerne auf. 1/3 der Amtszeit von Hr. Kuhn ist zwischenzeitlich um, aber wesentlichen grünen Einfluss vermissen die diversen Interessengruppen rund ums Fahrrad in Stuttgart. Bisher und auch weiterhin zurecht, denn nur knapp 4 Mio.€ pro Jahr sind für den Radverkehr in den Haushaltsplanentwurf eingestellt. Darunter befinden sich in der Planung eine ganze Reihe kosmetischer Maßnahmen, wie z.B. die Anbringung von Halterungen an Ampeln. Bevor man jedoch mit Sahnehäubchen verziert, sollte die Torte gebacken sein. Auf der Prioritätenliste von Radfahrern sind diese Ringe deutlich hinter anständigen Radwegen. Ausbaumaßnahmen des echten Wegenetzes, die einen großen Wurf erwarten lassen, fehlen weitgehend. Stattdessen wird eine Slalomstrecke entlang des Eckensees und Planetariums als "Haupttradrouten 1" vermarktet. Will man wirklich 20% Radverkehrsanteil am innerstädtischen Verkehr, so braucht es endlich einen großen Wurf! Hierzu habe ich einen Antrag gestellt, Finanzmittel von 15 bzw. 20 Mio. für 2016 bzw. 2017 zur Verfügung zu stellen. Mit einem solchen Budget könnte man in die Realisierung einiger notwendiger Radstrecken einsteigen, und selbst das wäre nur ein Anfang.

Einen Hinweis möchte ich den Radverkehrsplanern an dieser Stelle noch mitgeben: alles was Stuttgart in den Außenbezirken anpackt, sollte in ein regionales Gesamtkonzept passen, in dem Radfernverbindungen eine wesentliche Rolle spielen. Vorgelebt wird dies in anderen Regionen Deutschlands bzw. Europas.

Natürlich kann man auch den elektrifizierten Radverkehr noch ein wenig mehr fördern, indem man weitere öffentlich zugängliche Ladestationen anbietet.

Der Kämmerer hatte in seiner Ansprache bei der Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs darum gebeten, dass wer mehr Geld ausgeben möge, auch darlegen sollte, wo es herkommen könnte. Mein Vorschlag bzw. meine Antwort hierauf lautet: aus dem Parkleitsystem. Meiner Meinung nach konnte dessen Nutzen noch nicht belastbar von der Verwaltung dargelegt werden. Hier wären also 4 Millionen zu holen.

Kommen wir zum nächsten Wunschprogramm des Tiefbauamts: die Integrierte Verkehrsleitzentrale. Auf die jetzt geplanten Investitionen würde ich verzichten und stattdessen ein neues Gesamtkonzept mit zukunftstauglicher Technik aufgleisen, in das auch Themen wie "Vernetztes Fahren, Car2X-Kommunikation etc." Eingang finden. Hat man dann dieses Konzept erarbeitet, kann man sich an dessen (verhältnismäßig günstigere) Umsetzung machen. Deswegen haushaltsrelevant: jetzt keine Investition in die Integrierte Verkehrsleitzentrale, lediglich einen sechsstelligen Betrag für die Erarbeitung eines deutlich leistungsfähigeren Konzepts und nach Vorlage dieses Konzepts investieren.

Beim Lesen des Haushaltsplanentwurfs ist mir aufgefallen, dass er hinsichtlich ÖPNV äußerst mutlos ist. Hier hätte es der Stauhauptstadt der Republik gut zu Gesicht gestanden, mit ein paar mutigen Ansätzen auszuloten, wie viele Leute wirklich zur Nutzung von Bus und Bahn zu bewegen sind. Testmodelle für Tarife, die man probeweise ein Jahr lang einführt, hätten diversen Spekulationen ein Ende bereitet, ob günstigere Fahrpreise mehr Fahrgäste anlocken oder nicht. Dieses Thema nehme ich mir jedoch erst für 2018/2019 auf die Agenda.

Die von SSB-Vorstand Arnold genannte Auslastungsquote seiner Fahrzeuge in Höhe von 20% über den ganzen Tag gemittelt erreicht jedoch auch nur Werte, die vergleichbar zur letzten Verkehrszählung hinsichtlich Kfz sind. Bei den Zählungen an der Gemarkungsgrenze wurde mit 1.23 Personen pro PKW auch eine Quote von knapp über 20% Besetzungsgrad bei 5 Sitzplätzen im Auto erreicht - beides (ÖPNV und Kfz) steigerungsfähige Werte!

Vielleicht ist es meiner Unerfahrenheit im Lesen von Haushaltsplanentwürfen geschuldet, aber abgesehen von einigen Pflichtmaßnahmen rund um Haltestellen hätte das Thema "Barrierefreiheit" eine deutliche Aufwertung verdient. Hierzu zähle ich z.B. auch, dass man Bordsteine wirklich auf Fahrbahnniveau absenkt bzw. besser noch an ausgewählten Stellen eine sanfte Rampe in die Fahrbahn baut um das ebenerdige Überqueren der Fahrbahn für alle zu ermöglichen, während gleichzeitig der Autofahrer zu einem angemessenen Tempo motiviert wird.

Derartige Überwege wären - netter Nebeneffekt - wahre Heilsbringer auf der innerstädtischen Rennpiste, besser bekannt als "Theo". Zahlreiche Wortmeldungen auf der Bürgerversammlung Mitte letzte Woche brachten den Unmut rund um das Verhalten der abendlichen Spoilerklientel zum Ausdruck.

Ich komme zum Schluss. An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, nochmals ein bißchen nach vorne zu blicken. Der Ausblick beginnt mit einem kleinen Rückblick, ungefähr vier Wochen. Ich rede vom sogenannten VW-Skandal. Nun, was hat das mit Stuttgart zu tun? Wolfsburg ist weit weg und Porsche baut wenig Dieselfahrzeuge. Man könnte sich also beruhigt zurücklehnen, aber ganz so einfach ist es nicht. Es zeigt, wie verwundbar eine Stadt oder Region ist, die wesentlich auf **ein** Produkt fokussiert ist. Im Falle Stuttgarts ist dies (wie in Wolfsburg) das Automobil, wie eine unlängst veröffentlichte Studie im Auftrag des Regionalverbands erneut untermauert hat. Was heute Segen ist, kann morgen Fluch werden, zumal wir in den nächsten 10 Jahren vor bedeutenden Veränderungen in der Mobilitätswelt stehen - (verdrängtes oder noch nicht angekommenes) Stichwort "Autonomes Fahren". Wie die Welt und insbesondere das Ländle aussieht, wenn Firmen wie Google oder gar Apple sowie vielleicht Geely oder Great Wall Motors mit autonomen Fahrzeugen den Markt aufmischen, das vermag heute noch niemand vorherzusehen. Möglich, dass ich mich um wenige Jahre hin oder her vertue, aber der Wandel ist absehbar. Dieser Wandel birgt das Risiko, dass Firmen wie Daimler und Porsche in die zweite Liga zurückfallen, Bosch wesentliche Teile seines Geschäfts umstrukturieren muss - kurz, dass diese Region zum Detroit der 2020er-Jahre wird, wenn uns nicht frühzeitig etwas anderes einfällt.

Dieses "etwas anderes" ist mir vor längerer Zeit in den Kopf gekommen, wobei ich nicht der einzige bin, der diesen Gedanken haben mag. Ich rede davon, dass Stuttgart gut daran täte, innerhalb der Abteilung "Wirtschaftsförderung" ein neues Thema für die Region zu setzen,

nämlich die "Innovationsregion Robotik". Dies ist ein Trend, der sich bereits heute klein aber deutlich abzeichnet. Warum Stuttgart? Schauen wir genauer hin. Die benötigten Disziplinen von Automobilbau und Robotik haben große Schnittmengen, d.h. Wissen, Personal und Technologie ist vorhanden. Werkstoffkunde, Metallbearbeitung, Elektrotechnik - all das kann man in Stuttgart.

Ruft unsere Wirtschaftsförderung frühzeitig, also am besten am 1. Januar 2016, die "Innovationsregion Robotik" rund um Stuttgart aus, so hat dies für Firmen, die in diese Richtung interessiert sind, Signalwirkung. Sucht jemand in diesem Themenfeld einen Standort, dann wird er sicherlich dorthin gehen, wo er weitere Mitspieler vermutet. Mitspieler? Ja, die gibt es hier bereits. Zum einen finden sich Teile unseres Maschinenbaus bereits in der Robotik, ohne dass diese Firmen es unter diesem Stichwort vermarkten, außerdem haben wir zahlreiche gute Hochschulen in und um Stuttgart sowie z.B. das Fraunhofer-Institut, die auf diesem Feld vorne mitspielen.

Und Daimler, Porsche, Bosch? Nun, auch diesen Firmen würde niemand die Tür in Richtung Robotik zuschlagen, so sie sich denn beteiligen wollten.

Unterstützen Sie bitte deshalb meinen Antrag, der Wirtschaftsförderung 200k€ für Vorplanungen in Richtung "Innovationsregion Robotik" zukommen zu lassen. Es ist gut investiertes Geld!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Ralph Schertlen

Die STAdTISTEN